

Offener Brief der Gemeinde Neukirch/Lausitz zu Plänen der Schaffung einer weiteren Asylunterkunft

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Landrat,

wir kommen nicht umhin, uns zu Wort zu melden und aus gegebenem Anlass den offenen Brief des Oberbürgermeisters der Stadt Erfurt vom 25.8.2015 an die Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen in Teilen zu zitieren:

„... Die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragen, ist steigend. Die Prognosen werden in immer kürzeren Abständen nach oben korrigiert. Wie lange dieser Zustand anhalten wird, ist nicht in Sicht. Die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen ist eine Aufgabe, der wir uns nicht nur aus moralischen Gründen stellen müssen, sondern für die ein effizientes Regelwerk initiiert werden muss. Die zunehmende Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge stellt eine außerordentliche Belastung insbesondere für die aufnehmenden Kommunen dar. Fest steht: Wir stoßen mit dieser Aufgabe nicht nur an unsere Grenzen, wir haben sie bereits überschritten.

Basierend auf den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate und angesichts der Tatsache, dass die Stimmung innerhalb der Bevölkerung zu kippen droht ... sehe ich mich veranlasst, Ihnen ... diesen Brief zu schreiben und folgende Forderungen zu formulieren:

Überarbeitung der Liste sicherer Herkunftsländer und keine Verteilung auf die Kommunen. Die bestehende Liste der sog. sicheren Herkunftsländer muss dringend überarbeitet und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Asylsuchende, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit als ausreisepflichtig festgestellt werden, sollten bestenfalls in einem beschleunigten Verfahren das Land verlassen müssen und nicht erst auf die kommunalen Aufnahmestellen verteilt werden.

Zügige Ausreise unmittelbar ausreisepflichtiger und abgelehnter Asylbewerber. Die Ausreise von Asylbewerbern, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, deren Asylgesuch abgelehnt wird und die keinen Anspruch auf Duldung haben, sollte konsequenter erfolgen und wenn nötig mittels Abschiebung umgesetzt werden. Die vorhandenen Unterkünfte sind vielerorts überfüllt, neue werden eröffnet. ... Eine konsequente Rückführung der unmittelbar ausreisepflichtigen Bewohner würde hier für etwas Entspannung sorgen - sowohl innerhalb der Einrichtungen als auch in Bezug auf die damit verbundenen Kosten. ...“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Landrat,

das Landratsamt Bautzen kündigte uns am 1.9.2015 an, kurzfristig eine zweite Flüchtlingsunterkunft mit 50 Plätzen in unserer Gemeinde einzurichten. Zurzeit sind bereits 90 Personen im Asylbewerberheim „Am Lehrlingsheim“ untergebracht und deshalb fordern wir, keine weiteren Asylbewerber und Flüchtlinge der Gemeinde Neukirch/Lausitz zuzuweisen.

Stattdessen erwarten wir,

eine gerechte Verteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen auf alle Städte und Gemeinden im Landkreis Bautzen.

Innerhalb der Bundesrepublik verteilen sich die Flüchtlinge und Asylsuchenden nach dem Königsteiner Schlüssel.

Innerhalb des Freistaates Sachsen muss der Landkreis Bautzen entsprechend seiner anteiligen Bevölkerung 7,6 % davon aufnehmen, verteilt aber diese Personen offenbar willkürlich und ohne Konzept nur nach der bloßen Verfügbarkeit von Unterbringungsobjekten.

Die Kreisbehörden, Ausländer-, Gesundheits- und Jugendamt befinden sich weit vom Standort Neukirch/Lausitz entfernt in Kamenz bzw. Bautzen, das nächstgelegene Polizeirevier ist in Bautzen. Es bestehen noch immer zahlreiche ungeklärte Belange aus Sicht der Gemeinde und der Anwohner bezüglich der bestehenden Gemeinschaftsunterkunft „Am Lehrlingsheim“.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger praktizieren Willkommenskultur, jedoch sind dafür die Möglichkeiten eines kleinen Dorfes begrenzt.

Nach aktueller Rücksprache mit den niedergelassenen Ärzten ist eine ausreichende medizinische Versorgung der Asylbewerber nicht gewährleistet, da es täglich sprachliche Verständigungsschwierigkeiten gibt und Dolmetscher nicht vorhanden sind. Sporadisch erfolgt per Telefon eine Übersetzung der Anliegen der Asylbewerber. Die Behandlungszeit beansprucht ein Vielfaches an Zeit gegenüber anderen Patienten.

Es geht keinesfalls darum, gegen die Menschen, die in unserer Gemeinde in der Gemeinschaftsunterkunft „Am Lehrlingsheim“ untergebracht sind Stimmung zu machen. Wir begegnen diesen im Dorfbild als Menschen, die mit Anstand und Respekt auftreten, ebenso treten wir ihnen entgegen.

Ausschreitungen, verbale Auseinandersetzungen oder gar Gewalt gab und gibt es nicht, das soll auch so bleiben!

Jede Form von Gewalt und Hetze wird entschieden abgelehnt und verurteilt!

Wir stehen klar zu unserer rechtlichen und moralischen Pflicht als Gemeinde und nehmen diese Verantwortung aktiv wahr.

Kritik verdient die europäische und deutsche Asylpolitik ebenso wie die des Landkreises. Die Stimmung in unserer Gemeinde ist angespannt. Eine Eskalation möchten wir unbedingt verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Der Gemeinderat
Neukirch/Lausitz

Neukirch, 3.9.2015